

HEIKO LANGNER

Kapitalistische Moderne – moderner Kapitalismus?

Zur Grundsatzdebatte in der Linkspartei.PDS

Wenn Linkspartei.PDS und WASG den Prozess ihrer Fusion zu einer neuen linken Partei vorantreiben wollen, gehört dazu selbstverständlich eine Debatte von Grundsatzfragen. Im Folgenden wird versucht, eine dieser Grundsatzfragen in Bezug auf die Linkspartei.PDS zu diskutieren: nämlich die nach der gesellschaftlichen Reichweite des politischen Gestaltungsanspruchs der Partei. Diese Frage ist im Grunde eine »Gretchenfrage«, deren Beantwortung über den parteipolitischen Charakter einer neuen Linksformation durchaus mitentscheiden kann. Das Gespenst der »Sozialdemokratisierung« gehört dabei zur Geschichte des PDS-Fusionsteils dieser künftigen Linkskraft genauso wie dessen gleichzeitige Angst vor einem Rückfall in altkommunistische Ideologienpolitik. In mehreren Programmdebatten von 1989/90 bis 2003 wurde dieses Spannungsfeld in einer politik- und philosophietheoretischen Kontroverse sichtbar, die sich um die Frage rankte, wie das gegenwärtige Gesellschaftssystem primär zu beurteilen ist: als eine kapitalistische Moderne oder aber als ein moderner Kapitalismus?

Diese Auseinandersetzung bildete allerdings nicht den Gegenstand eines von der Realität abgehobenen Gelehrtenstreits, sondern beinhaltet nach wie vor grundlegende Konsequenzen für die zu praktizierende Politik und anzuwendende politische Strategie.

Ich werde versuchen, eine verständliche Zusammenfassung der inhaltlichen Positionen zu dieser Frage zu präsentieren, die ich aus der Analyse des Programmmaterials, aber auch durch meine persönlichen Interviews mit den jeweiligen Hauptakteuren gewonnen habe. Wenden wir uns zunächst den Modernevertretern zu.

Kapitalistische Moderne und moderne Sozialisten

Hierbei handelt es sich um diejenigen Vertreter, die noch gegen Ende des bankrotten DDR-Sozialismus den Versuch unternahmen, die philosophischen Grundlagen eines zeitgemäßen, modernen Sozialismus auszuarbeiten und die als intellektuell gewiefte Reformstrategen der Partei gelten: allen voran Dieter Klein und die Brüder André und Michael Brie.

Die Grundkonzeption ist dabei folgende:

Das erwähnte Reformertrio geht davon aus, dass das gegenwärtige Gesellschaftssystem primär eine Moderne ist, in der derzeit zwar kapitalistische Machtstrukturen dominieren, die aber zugleich auch entwicklungsoffene Potenziale besitzt, die für gesellschaftliche Emanzipationszwecke genutzt werden könnten. Letztere bestünden vor allem im ausgleichenden Sozialstaat, dem unabhängigen Rechtsstaat, der parla-

Heiko Langner – Jg. 1971;
Politikwissenschaftler;
wiss. Mitarbeiter des
Bundestagsabgeordneten
Dr. Hakki Keskin,
Fraktion DIE LINKE.
Der vorliegende Beitrag
stützt sich auf eine
Diplomarbeit zur program-
matischen Entwicklung der
PDS im Spannungsfeld von
Realpolitik und Ideologie.

mentarischen Demokratie und in der innovationsfreundlichen, sozialen Marktwirtschaft. Im Kern wird die Auffassung vertreten, dass durch den großzügigen emanzipatorischen Ausbau dieser genannten Basisinstitutionen der gegenwärtige kapitalistische Charakter der Moderne überwunden werden kann. Im Bereich der Wirtschaft wird hierfür eine Stärkung der öffentlichen Verfügungsgewalt über das private Kapitaleigentum empfohlen, mit der die privaten Kapitalverwertungsinteressen sozial nützlichen Zwecken dienstbar gemacht werden sollen. Dies erfordert politikstrategisch vor allem das Schmieden eines breiten gesellschaftlichen Bündnisses, das durch ein parteipolitisches Koalitionsbündnis flankiert wird, welches sich die Erringung der kulturellen Hegemonie auf die Fahnen schreibt. Damit soll eine demokratische gesellschaftliche Mehrheit für einen sozialistischen Entwicklungspfad neuer sozialer Gerechtigkeit und ökologischer Nachhaltigkeit gewonnen werden.¹

Zusammenfassend geht es also um die Entwicklung einer sozialistischen Moderne auf Basis einer zivilgesellschaftlich legitimierten Reformpolitik gegenüber den staatlichen Institutionen und der Wirtschaft.

Aus meiner Sicht ist Folgendes anzumerken:

Zunächst ist die Verwendung des Modernebegriffs in den Sozialwissenschaften skeptisch zu bewerten, denn im Grunde wird damit eigentlich ein bestimmtes Genre in der bürgerlichen Kunst bezeichnet. Eine interdisziplinäre Begriffsverwendung birgt zumindest die Gefahr wissenschaftlicher Unschärfe in sich. Dieses Problem sollte aber für eine Ablehnung der Konzeption nicht ausschlaggebend sein.

Kritischer zu beurteilen ist aus meiner Sicht die offensichtliche Zurückhaltung der Modernevertreter, sowohl die gegenwärtige kapitalistische wie die künftige sozialistische Moderne als ein Gesellschaftssystem zu interpretieren. Sozialismus wird vorrangig als Wert, Bewegung und Ziel verstanden, aber eben nicht als ein neues System gesellschaftlicher Organisation definiert. Augenscheinlich wirkt hier noch eine Abneigung gegen die frühere marxistisch-leninistische »Sozialismusmodellmanie« nach, die zwar verständlich, aus systemtheoretischer Sicht aber nicht gerechtfertigt ist. Denn hinsichtlich einer Minimaldefinition besteht jedes System aus Akteuren und Strukturen, die in wechselseitiger Beziehung aufeinander einwirken.² So existieren denn auch in der gegenwärtigen Gesellschaft eine Vielzahl von Akteuren wie einzelne Bürger oder kollektive Gruppen wie Gewerkschaften und Wirtschaftsverbände, die beispielsweise in spezifische Kapitalverwertungs- bzw. Machtstrukturen eingebunden sind. Damit sind aber die Voraussetzungen für eine Verwendung des Systembegriffs bereits hinlänglich erfüllt.

Ebenso bedarf die philosophietheoretische Ableitung der Modernekonzeption einer gesonderten Erwähnung. Das Konzept der PDS-Reformstrategen ist vom gegenwärtigen gesellschaftstheoretischen Fachdiskurs eindeutig getragen und inspiriert worden und liegt damit dicht am Puls der Zeit. Nur ist eben dieser Zeitgeist selbst in seiner kritischen Variation bisweilen zwar durchaus kapitalismuskritisch, aber nicht unbedingt gleichzeitig auch sozialismusfreundlich. Insbesondere die in das Modernekonzept offenkundig eingeflossenen systemtheoretischen Überlegungen von Anthony Giddens finden meine Kritik. Giddens gelangte vor einiger Zeit zu der grandiosen Eingebung, dass der

1 Vgl. Michael Brie, Dieter Klein: *Der Engel der Geschichte. Befreiende Erfahrungen einer Niederlage*, Berlin 1993, sowie André Brie, Michael Brie u. a.: *Zur Programmatik der Partei des Demokratischen Sozialismus. Ein Kommentar*, Berlin 1997.

2 Vgl. Oskar Niedermayer: *Zur systematischen Analyse der Entwicklung von Parteiensystemen*, in: Oscar W. Gabriel, Jürgen W. Falter (Hrsg.): *Wahlen und politische Einstellungen in westlichen Demokratien*, Frankfurt a. M. 1996, S. 20.

3 Vgl. Anthony Giddens: *Jenseits von Links und Rechts. Die Zukunft radikaler Demokratie*, Frankfurt a. M. 1997, S. 27.

untergegangene, real existierende Staatssozialismus und der ebenfalls vergangene fordistische Wohlfahrtskapitalismus zwei Seiten der gleichen Medaille seien: nämlich die einer bürokratischen Staatswirtschaft sozialistischer(!) Prägung.³ Der historisch gut informierte Leser und erinnerungsfreudige Politikveteran stellt sich sofort die berechnete Frage, worauf eigentlich der nach 1945 so erbittert geführte Systemgegensatz von Kapitalismus und Sozialismus dann noch hätte beruhen können?

Giddens erweckt dagegen den Eindruck, als wäre quasi auf evolutionärem Wege eine friedvolle Systemfusion von Kapitalismus und Sozialismus unter staatsbürokratischen Vorzeichen real eingetreten – und offenbart dabei doch nur seine persönliche Absicht, sich als ideologischer Wegbereiter eines neu entdeckten, intrakapitalistischen »Dritten Weges« profilieren zu wollen, der die Marschroute für Europas »moderne« Sozialdemokraten à la Blair und Schröder abstecken sollte. Wohl gemerkt, die uns nur allzu gut bekannte soziale Negativbilanz natürlich inklusive.

Ein derartiges, wenngleich gemäßigt neoliberales Konzept wirkt in einer modernen Sozialismustheorie wie ein kapitalistischer Trojaner. Ernsthaftes theoriekonzeptionelle Probleme werden somit nicht lange auf sich warten lassen.

In diversen Programmentwürfen und -papieren des Reformerslagers sollte offenbar die Stärkung der öffentlichen Verfügungsgewalt über das private Kapitaleigentum mit der freien Selbstentwicklung aller Gesellschaftsmitglieder, also auch der Unternehmer, vereinbar sein. Die Programmarbeit politischer Parteien soll nun aber nicht ausschließlich wünschenswerte Ziele formulieren, sondern möglichst auch einen konkreten Weg zur Verwirklichung selbiger aufzeigen. Die Frage, wie die eingeforderte Anerkennung von betriebswirtschaftlichen Gewinninteressen mit der Überwindung der sozial negativen Profitdominanz in der konkreten Politikpraxis in Übereinklang gebracht werden soll, ließen die Reformstrategen in für mich unbefriedigender Weise im Dunkeln.⁴

4 Vgl. Beiträge und Informationen zur Programmdebatte, Nr. 3/2001, S. 9.

Dabei begrüße ich die inhaltliche Grundphilosophie des Reformerskonzepts ausdrücklich: die soziale Wiedereinbettung des privaten Kapitaleigentums durch Stärkung der öffentlichen Verfügungsgewalt und Bildung neuer, gemischter Eigentumsformen erreichen zu wollen, scheint mir durchaus geeignet zu sein, um die Dominanz privater Kapitalverwertungsinteressen zu überwinden, ohne dass diese zugleich an sich abgeschafft werden müssten. Die realpolitische Umsetzung dieser Zielstellung blieb allerdings ziemlich kryptisch und wird mit dem oben skizzierten Denkansatz wohl auch nicht gelingen.

Entscheidend bleibt vielmehr, ob und inwieweit konkrete Möglichkeiten zur realistischen Umsetzung einer Utopie vorhanden sind bzw. gesellschaftlich entwickelt werden können.

Welche Antworten auf die drängenden Fragen unserer Zeit fielen dagegen den Marxisten in der PDS ein?

Moderner Kapitalismus und traditionsbewusste Marxisten

Natürlich hängt es vom individuellen Selbstverständnis des Einzelnen ab, ob er/sie sich als Marxist/in definiert. Zugleich existieren aber in der PDS einige Gruppierungen, für die das Marxismuserbe bekanntermaßen eine konstitutive Bedeutung besitzt. Konkret handelt es sich dabei um das Marxistische Forum und um die Kommunistische Plattform

(KPF), zwischen denen eine gewisse Arbeitsteilung besteht. Das Mitte der 90er Jahre entstandene Marxistische Forum widmet sich vorrangig der wissenschaftstheoretischen Weiterentwicklung des Marxismus. Bei der KPF scheint dagegen ein stärkeres Interesse an einer eher aktionistischen Praxisarbeit zu bestehen, wenngleich damit die Gefahr der Vernachlässigung einer eigenen, intellektuell anspruchsvollen Theoriearbeit nicht von der Hand zu weisen ist. Ein Grundproblem beider Gruppierungen, das stets auch die Programmdebatten überzeichnete, bildete die ernstzunehmende Frage, welches Maß von parlamentarischer Mitwirkung mit der Kapitalismusablehnung einer sozialistischen Partei verträglich ist.

Bei ihrer wohl durchdachten systemtheoretischen Analyse interpretieren die Marxisten das gegenwärtige Gesellschaftssystem erwartungsgemäß als einen modernen Kapitalismus, in dem die parlamentarische Demokratie einen zentralen Integrationsmechanismus bildet. Die Aufgabe dieser parlamentarischen Demokratie besteht demnach vornehmlich darin, eigentlich gegensätzliche Klasseninteressen systemkompatibel zu synthetisieren.⁵ Die Marxisten liegen damit durchaus richtig, die gesellschaftliche Systemintegration ist tatsächlich eine wichtige Funktion der Demokratie, aber beileibe nicht ihre einzige. Daher teile ich auch nicht ihren Pessimismus hinsichtlich der parlamentarischen Gestaltungsmöglichkeiten einer sozialistischen Partei. Die Traditionsmarxisten gelangen nämlich zu der Schlussfolgerung, dass unter den gegenwärtigen Kräfteverhältnissen etwaige Regierungsbeteiligungen der PDS unweigerlich ein Nachgeben des Systemanpassungsdrucks nach sich ziehen würden.⁶ Wie die Entwicklung der Grünen illustriert, ist die beschriebene Gefahr zwar nicht unrealistisch, unterschätzt wird allerdings das vorhandene demokratieeigene Entwicklungspotenzial. Ebenso leuchtet nicht ein, weshalb eine regierungswillige PDS resp. neue Linksoption systemstrukturell gezwungen sein sollte, bei Koalitionsverhandlungen stets von vornherein auf die Einbringung ihrer politischen Inhalte verzichten zu müssen. Ob und inwieweit eigene Positionen in Koalitionen durchsetzbar sind, steht auf einem anderen Blatt. Demgegenüber bliebe für den Fall eines prinzipiellen Verzichts auf Übernahme von Regierungsverantwortung entscheidendes politisches Gestaltungspotenzial ungenutzt. Außerdem würde dadurch die geradezu ketzerische Frage provoziert, wie denn eine alternative Regierungsform aussehen könnte, die gleichzeitig auch noch demokratischen Kriterien genügt?

Die Ausweitung des einstmalen engen Proletariatsbegriffs von der traditionellen Industriearbeiterschaft auf die Gesamtheit aller lohn- und gehaltsabhängig Beschäftigten ist dagegen sachlich völlig gerechtfertigt sowie strategisch geschickt, um die Erfolgsaussichten bei der Stimmenmaximierung im Arbeitnehmerlager zu erhöhen.⁷

Dennoch habe ich den Eindruck, dass den Traditionsmarxisten gelegentliche methodische Fehler unterliefen, indem sie ihre objektive Faktorenanalyse in ein vorgefertigtes ideologisches Schema pressten, was dann zu bezeichnenden ideologischen Rohrkrepierern führte.

Völlig überrascht war ich beispielsweise über ihren beträchtlichen Fortschrittspessimismus, der vor allem während der letzten Programmdebatte zutage trat. So wurden speziell im separaten Minderheitenvotum zum ersten Programmentwurf die Entwicklungstendenzen im Be-

5 Vgl. Marxistisches Forum (Hrsg.): Quo vadis PDS?, Heft 5, Schkeuditz 1996, S. 13 f.

6 Vgl. Marxistisches Forum (Hrsg.): Zur Programmdebatte der PDS. Positionen – Probleme – Polemik, Heft 32/33, Berlin 2000, S. 15.

7 Vgl. Kommunistische Plattform (Hrsg.): Wir stellen uns vor – Warum sind KommunistInnen in der PDS, Berlin 1994, S. 10.

8 Im Unterschied zum reformerdominierten Mehrheitsentwurf heißt es in dem besagten Minderheitenvotum: »Für uns (d. h. für die »Marxisten« – H. L.) sollten *traditionelle* Informationstechniken weiterhin eine große Bedeutung haben.« Schon einige Passagen zuvor meinten die Marxisten, ohne dies irgendwie wissenschaftlich zu belegen, dass »das Suchtphänomen einer nicht unbeträchtlichen Zahl von Internetnutzern (...) zumindest auch Ausdruck von Entfremdung, von Fehlen zwischenmenschlicher Beziehungen (ist).« Vgl. Pres-sidedienst der PDS Nr. 47/99, S. 46 f.

Selbst wenn dies zuträfe, wäre jedenfalls nicht das Internetmedium, sondern die beschriebene Art von Entfremdung das eigentlich anzupackende Problem. Anderenfalls hätten schon Fernseher, Radios oder Computer niemals kommerziell vermarktet werden dürfen. Den Ausschlag gibt nicht die jeweilige technologische Innovation, sondern, ob möglichst alle Gesellschaftsmitglieder an dieser partizipieren können, was nichts anderes als eine originäre politische Gestaltungsaufgabe ist.

9 Vgl. Beiträge und Informationen zur Programmdebatte, Nr. 2/2001, S. 15.

reich der neuen Kommunikations- und Informationstechnologien deutlich überzogen skeptisch beurteilt und ihnen rein persönlich vermittelte Kommunikationsformen gegenübergestellt.⁸ Obschon ich gegen Letztere überhaupt nichts einzuwenden habe, ist die erfolgte Herabwürdigung des Internetmediums im digitalen Informationszeitalter aus meiner Sicht ziemlich weltfremd und zudem mit dem revolutionären Marxismuserbe, das die angesprochenen Gruppierungen ebenfalls gern für sich reklamieren, keinesfalls zusammenzubringen. Denn kein geringerer als der sow-jetrussische Revolutionsführer Lenin hatte schon frühzeitig den Kommunismus als Sowjetmacht plus Elektrifizierung und gerade eben nicht als Sowjetmacht minus Elektrifizierung charakterisiert. Hinsichtlich ihres Verständnisses vom wissenschaftlich-technologischen Fortschritt fallen die Traditionsmarxisten also weit hinter Lenin zurück, so dass sich in diesem konkreten Punkt ein reaktionäres, feudaloïdes Sozialismusverständnis auszubilden droht. Gemessen an den ideologischen Ansprüchen des Marxismus würde anstelle dieser selbst auferlegten Fortschrittskepsis vielmehr das Ziel einer politischen Steuerung und sozialverträglichen Gestaltung der technologischen Dynamik zu verfolgen sein.

Bei der nicht zuletzt auch emotional erbittert geführten Kontroverse um die künftige Programmatik in der Eigentumsfrage traten die Marxisten hingegen wieder deutlich theoriefester auf, wengleich sich am Ende im neuen Grundsatzprogramm die Modernevertreter durchsetzten. Der Primus des Marxistischen Forums, Uwe-Jens Heuer, wies nachdrücklich darauf hin, dass sich eine eventuell angestrebte Aufhebung des Privateigentums ohne eine Machteinschränkung derjenigen Gesellschaftsmitglieder, die von dem jetzigen kapitalistischen System am meisten profitieren, nicht realisieren lässt.⁹ Dabei handelt es sich um das schon weiter oben angesprochene Grundproblem, wie die beabsichtigte Einschränkung dominierender privater Kapitalverwertungsinteressen mit der freien Entwicklung aller Gesellschaftsmitglieder in Übereinklang gebracht werden kann.

Demokratisch-sozialistische Partei oder linke Sozialstaatspartei?

Worin besteht der Gebrauchswert der PDS-Programmdebatten für die geplante neue gesamtdeutsche Linkspartei?

Programmdebatten zu politischen Grundsatzfragen dienen in erster Linie der eigenen Identitätsfindung, tragen aber auch zur Legitimierung der eigenen praktischen Politik gegenüber den Bürgern bei.

Eines scheint sich bei der künftigen, neuen Linksinformation bereits jetzt schon abzuzeichnen: sie wird eine ziemlich »bunte Truppe« sein. Strategieorientierte Reformsozialisten, hauptberufliche Politikpragmatiker, fortschrittsorientierte Offensivsozialisten, Traditionsmarxisten und Kommunisten, linke Sozialdemokraten, wertkonservative Sozialstaatsnostalgiker, womöglich auch einige Troztkisten etc. werden dieser Parteiformation eine unnachahmliche pluralistische Prägung sui generis verleihen. So sehr einerseits dieser Pluralismus zu begrüßen ist, weil er der strategischen Bündelung linker Kräfte in Deutschland dient, umso schwieriger wird womöglich ein belastbarer innerparteilicher Konsens über die neue Grundsatzprogrammatik zu erzielen sein.

Der PDS-Fusionsteil verfügt hierbei über einen beträchtlichen Erfahrungsschatz, der der jungen WASG verständlicherweise noch

fehlt, selbst wenn etliche ihrer Mitglieder früher anderen Parteien angehörten.

Das eigentliche Problem ist aber ein anderes: Trotz diverser emotionaler Eskalationen ging es in den PDS-Programmkontroversen im Kern immer »nur« um den zur Anwendung bestimmten Modus operandi einer über den kapitalistischen Systemrahmen hinausreichenden gesellschaftlichen Perspektive; das eigentliche Bestimmungsziel einer sozialistischen Gesellschaft wurde im Grunde nie ernsthaft zur Disposition gestellt (auch wenn dies gelegentlich von traditionsmarxistischer Seite behauptet wurde). In einer aus PDS und WASG fusionierten Linkspartei ist dagegen eine generelle Auseinandersetzung darüber zu erwarten, ob die gesellschaftliche Reichweite der zu formulierenden Politik über den Kapitalismus überhaupt noch hinausführen soll – oder ob als politisches Ziel statt dessen schon seine sozialstaatliche Zählung ausreicht? Diese Frage markiert aus meiner Sicht auch nach wie vor den eigentlichen Unterschied im Politikverständnis zwischen einer sozialistischen und einer sozialdemokratischen Partei. Werden die bestehenden Kapitalverwertungsstrukturen in die politischen Gestaltungsziele explizit mit einbezogen – oder soll bloß deren soziale Negativbilanz im Nachhinein politisch korrigiert werden?

Eine moderne sozialistische Partei sollte in der Lage sein, diese Frage dadurch zu lösen, indem sie das Eine mit dem Anderen verbindet. Eine sozialdemokratische Partei wird sich dagegen im Wesentlichen wohl mit Letzterem begnügen.

Im Fall einer Einbeziehung der Kapitalverwertungsstrukturen in die politischen Reformbemühungen wird es sich meiner Meinung nach nicht vermeiden lassen, dass der gesellschaftliche Aktionsradius profitmaximierender Unternehmer zumindest begrenzt wird. Aus diesem Grund handelt es sich um eine Entscheidung von enormer Tragweite, die unbedingt einer demokratischen Legitimierung bedarf. Dies sollte im weiter zu führenden innerparteilichen Programmdiskurs zu diesem Thema stärker berücksichtigt und offen angesprochen werden. Eine Zurückdrängung von sozial dominierenden privaten Kapitalverwertungsinteressen muss für den betroffenen Personenkreis aber nicht per se das Ende ihrer Wirtschaftstätigkeit bedeuten. Rückläufige privatunternehmerische Maximalprofite könnten durch zwar niedrigere, dafür aber womöglich kontinuierlichere und leistungsbezogenere Einkommen sowie durch anderweitige, immaterielle Zugewinne in der persönlichen Lebensqualität ersetzt werden. Zudem ist in einer materiell halbwegs befriedeten Gesellschaft mit deutlich geringeren Ausgaben für die öffentliche Sicherheit zu rechnen, was sich ebenfalls vorteilhaft auswirken würde und ziemlich genau beziffern ließe.

Wofür sich die neue Linkskraft am Ende auch programmatisch entscheiden wird, die Notwendigkeit einer Alternative zu einem global entfesselten, marktradikalen Kapitalismus steht unmittelbar auf der Politikagenda aller sozial fortschrittlichen Kräfte. Eine solide und gerechte Antwort kann (und sollte vielleicht auch?) im 21. Jahrhundert durchaus in einer demokratisch-sozialistischen Systemperspektive bestehen.